Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 92 (1998)

Heft: 2

Artikel: Staatstreue Flüchtlingshilfe : der Bund Schweizerischer Frauenvereine (BSF) unter dem Präsidium von Clara Nef (1935-1944)

Autor: Bräuniger, Renate

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-144094

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Renate Bräuniger

Staatstreue Flüchtlingshilfe

Der Bund Schweizerischer Frauenvereine (BSF) unter dem Präsidium von Clara Nef (1935–1944)

«... ich kann Ihnen nur zum vorneherein sagen, dass ich in keinem Fall mit einem Protest an den Bundesrat im Namen unseres BSF einverstanden bin, der bedingungslose Öffnung aller Grenzen verlangt.» – «Wir dürfen nicht fordern, und wir dürfen nicht protestieren, solange wir selber nicht mit dem Beispiel vorausgehen. So ist es in der Flüchtlingsfrage.»

Diese Zitate sind Briefen der Präsidentin des Bundes Schweizerischer Frauenvereine (BSF) Clara Nef vom August und November 1938 an Vorstandsmitglieder entnommen. Die Grenzsperre zu Österreich war am 18. August vom Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement verfügt und einen Tag später vom Bundesrat sanktioniert worden. Sie war gegen die Einwanderung jüdischer Flüchtlinge aus Österreich gerichtet, die nach dem Einmarsch der Deutschen Zuflucht in der Schweiz suchten.

Während die Schweizerische Sektion der Frauenliga für Frieden und Freiheit, die 1933 dem BSF beigetreten war, unter dem Präsidium von Clara Ragaz gegen diese Massnahme protestierte und die Aufhebung der Grenzsperre vom Bundesrat forderte, setzte sich Clara Nef im Vorstand des Bundes Schweizerischer Frauenvereine durch mit ihrer Haltung: Dem Staat solle man keine neuen Opfer aufbürden, die Hilfe müsse von opferbereiten Einzelpersonen, aus privaten Initiativen kommen.

Der Nachlass Clara Nefs, der Präsidentin des Bundes Schweizerischer Frauenvereine, ist zu Beginn des Jahres 1996 im Staatsarchiv Appenzell A.Rh. öffentlich zugänglich gemacht worden. Der nachfolgende Bericht basiert auf einer ersten Durchsicht der Dokumente. Er ist Teil einer umfassenderen Arbeit zur Geschichte der Frauen in den beiden Appenzell, die in diesem Jahr erscheinen wird. *R. B.*

Zwischen Philanthropie und Schweigen

Am 6. September 1938 schrieb Clara Nef an die Vorstandsmitglieder des BSF: «Der Flüchtlingsjammer ist so gross, dass wir Frauen nicht daran vorüber gehen können... Aber wir können nichts ändern und bessern dadurch, dass wir klagen und Unmögliches verlangen. Für alle Flüchtlinge hat die Schweiz nicht Platz und diejenigen, die wir hinein lassen, die müssen wir erhalten und dafür müssen wir zuerst das Geld beschaffen... Das Ganze ist eine Geldfrage, darum kommen wir nicht herum.»

In einem weiteren Brief an das Vorstandsmitglied M. Schönauer heisst es: «Wir müssen uns mit unseren Protesten und Anforderungen an uns selber, an unsere Frauen wenden und nicht an die Behörden. Die Mütterlichkeit der Frau ... muss sich in in der praktischen Opferbereitschaft für die Notleidenden auswirken und nicht in theoretischen Protesten ... Vermehrte Einreise von Flüchtlingen darf nur derjenige verlangen, der selber alles tut und alles gibt, was in seiner Kraft steht.»

Die vielgepriesene, vielmissbrauchte *Mütterlichkeit der Frau* wird hier in neuem Kontext an Opfer und Schweigen geknüpft. Sie wird angerufen mit der Absicht, den weiblichen Teil der Bevölkerung auf *Staatstreue* zu verpflichten; Frauen werden zum Einverständnis mit einer rassistisch motivierten Politik der Ausgrenzung auf-

gefordert; es wird ihnen Verzicht auf (An-)-Klage und Protest abverlangt. Der zuletzt genannte Brief datiert vom 18. November 1938. Das als «Reichskristallnacht» bezeichnete *Pogrom* gegen Jüdinnen und Juden im Deutschen Reich hatte sich einige Tage vorher ereignet. Die schweizerische Öffentlichkeit war im Oktober über einen Beschluss des Bundesrates unterrichtet worden, der die Einreise jüdischer Emigrantinnen und Emigranten verhindern und ihre Unterscheidung von erwünschten nicht-jüdischen Handels- und Tourismusreisenden ermöglichen sollte. Die Einführung des *Judenstempels* in Reisepässen jüdischer Deutscher war der Briefschreiberin Clara Nef als klar erkennbar rassistisch motivierte Massnahme bekannt.

Appell an die Opferbereitschaft der Frauen

Das freiwillig erbrachte Opfer ist das «Konzept» zur Umverteilung ungerecht verteilter Güter, das in verschiedenen Zusammenhängen von Clara Nef vorgeschlagen wird. In ihren Aussagen zur Flüchtlingsfrage vermeidet sie jede Bemerkung zur *Herkunft* des «Leids, das an den Grenzen der Schweiz zu Bergen sich häuft». Es sind naturgewaltige Eruptionen ausserhalb des Territoriums der Schweiz, die zu Gebirgsbildungen an den Rändern des Landes führen und von hier aus als Problemmasse hineindrängen. «Der Flüchtlingsjammer ist so gross, dass wir Frauen nicht daran vorüber gehen können...» Ihre Beschreibung setzt beim Resultat ein, blendet vorsichtig aus, was dem Flüchtlingsjammer vorausgeht und was zum Stau an den Grenzen geführt hat.

In einem anderen Zusammenhang spricht sie von der *«Not der Zeit»,* die Flüchtlinge über die Grenzen treibe. Auch hier der Verzicht auf Benennung, Zuschreibung von Verantwortung oder Analyse. So nebulös wie die Herkunft des Flüchtlingselendes in den Bildern Clara Nefs bleibt, so begrenzt ist ihr Konzept zur Hilfe.

Sie fordert im Spendenaufruf des BSF von 1938 das Opfer der Frauen als konkrete, praktische Tat. Sie erwartet von den Schweizerfrauen, an die sich ihr Appell richtet, eine umfassende Änderung ihrer Lebensweise, freiwilligen, rigorosen *Konsumverzicht,* Verzicht auf Ferien, Vergnügungen und Spende der so erübrigten Gelder zugunsten der Flüchtlinge – eine Haltung, die sie mit Strenge selbst praktizierte.

Clara Nef leitet im Sommer 1938 die Spendensammlung unter den im BSF organisierten Frauen ein. Damals waren 214 Frauenvereine dem BSF angeschlossen, darunter kantonale Frauenzentralen, lokale und kantonale Frauenberufsvereine sowie Frauenstimmrechtsvereine.

Im Spendenaufruf «An die Schweizerfrauen», veröffentlicht im «Schweizer Frauenblatt», dem Publikationsorgan des BSF, appelliert Clara Nef an die Opferbereitschaft der weiblichen Bevölkerung. In diesem Aufruf sind die wichtigsten Positionen des BSF zur Flüchtlingsfrage festgehalten: Verzicht auf Kritik an der offiziellen Flüchtlingspolitik der Schweiz; Einsatz für nichtstaatliche, durch freiwillige Spenden finanzierte Flüchtlingshilfe; Vorrang nationaler Interessen vor dem Gebot der Flüchtlingshilfe; Flüchtlingshilfe als Ausreisehilfe. Clara Nef schreibt:

«Die Zeitungen widerhallen von Protesten über das Schliessen der Schweizergrenzen gegenüber bedauernswerten jüdischen Flüchtlingen... Wir können nicht dadurch helfen, dass wir fordern und protestieren,... sondern nur dadurch, dass wir die strengste Forderung an uns selber stellen... Die Frage der Hilfe für die Flüchtlinge ist vor allem eine finanzielle... Wir wissen, dass wir sie (die Flüchtlinge – R.B.) nicht dauernd bei uns beherbergen können, und dass die Schweiz mit andern Ländern zusammenarbeiten muss, damit sie anderswo, in weniger übervölkerten Gegenden, sich ihr Leben wieder aufbauen können... Wir müssen unser Opfer bringen, wenn das Gewissen uns drängt, all das Leid abzutragen, das an unsern Grenzen zu Bergen sich häuft..., ohne dass wir deswegen unsere eigenen Landsleute, unsere Arbeitslosen, unsere bedürftigen Alten und

Kinder verkürzen... Wenn rasch viel Geld zusammenkommt, dann können die bestehenden Flüchtlingshilfsstellen und das Rote Kreuz in ihrer Hilfsarbeit unterstützt, dann können eher Ausreisen ermöglicht werden, dann erst können wir auch unsere obersten Behörden ersuchen, an den Grenzen wieder mehr Gnade walten zu lassen» (Entwurf Spendenaufruf 1938).

«Unpolitische» Flüchtlingshilfe

Unter dem Stichwort «Flüchtlingshilfe» nennt die von Clara Nef verfasste «Chronik» des BSF insgesamt 83 000 Franken, die im Verlauf der Jahre bis Kriegsende gesammelt wurden. Die konkrete Flüchtlingshilfe des BSF bestand aus der *Verteilung von Hilfsgütern* im Ausland (an jüdische Flüchtlinge in Südfrankreich z.B.) sowie aus der *finanziellen Hilfe* für Flüchtlinge in der Schweiz, indem Geld für ihre Ausreise «in weniger übervölkerte Gegenden» bereitgestellt wurde.

Argumentation und Aktion des BSF stehen ganz in der Tradition derjenigen *bürgerlichen Frauenorganisationen,* die sich mit gemeinnütziger, fürsorgeorientierter Arbeit, vor allem freiwilliger Armenpflege, befasst und Abstinenz in politischen Fragen geübt haben. Die *«Stillen im Lande»,* die staatstreu und ohne viel Aufhebens philanthropisch gewirkt haben, treten hier wieder in Erscheinung.

Während des Zweiten Weltkriegs bekam dieses Konzept der Flüchtlingshilfe eine scheinbar neue Bestätigung: Um dem in der Schweiz zunehmenden *Antisemitismus* zu wehren oder wenigstens keine neue Nahrung zu geben, schlägt Clara Nef vor, auf eine Weise zu helfen, die nicht den Widerstand der Bevölkerung provoziert: «Darum müssen wir im Stillen helfen, ohne viel Lärm ... zu machen.» Allzu laute oder gar protestierende Propaganda zugunsten der Flüchtlinge – so begründet sie ihre Haltung – öffne dem Antisemitismus Tür und Tor.

Clara Nef ermahnt in verschiedenen Briefen die Vorstandsmitglieder des BSF, Zurückhaltung zu üben in der Werbung von *Freiplätzen für jüdische Flüchtlinge.* Es sei besser, sie in Lagern zusammenzuhalten und nicht in Privatfamilien unterzubringen, da die Verschiedenheit in Lebensgewohnheit und Rasse zu gross sei, und die Gefahr von Enttäuschung und Unzufriedenheit bei den gastgebenden Schweizerfamilien bestehe. Diese negativen Erfahrungen einzelner Familien könnten sich schnell herumsprechen und weitere Kreise zu antisemitischen Haltungen provozieren.

Der Aufruf zur *Abwehr und räumlichen Eingrenzung* jüdischer Flüchtlinge mit dem Argument, es gelte auf diese Art dem schweizerischen Antisemitismus zu wehren, ist aus anderen Quellen bekannt und beschrieben. Aus einem Gespräch mit dem Präsidenten des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes (SIG) bezieht Clara Nef nach eigenen Angaben Unterstützung für ihre abwehrende Haltung gegenüber fremden, d.h. nicht-schweizerischen Jüdinnen und Juden, die als Flüchtlinge ins Land drängen:

«... Sie (Vertreter des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes) hätten ausserordentlich grosse Mühe mit der Disziplin; denn was sich da zuerst hereingeschoben habe, da sei schon viel ‹Pack› dabei. Es wäre unbedingt nötig, dass man eine gewisse Auslese treffe bei den Einreisenden... Ich begreife die grosse Sorge der hier ansässigen Juden, dass durch unliebsame Elemente unter den Immigranten auch ihre Situation auf's Höchste gefährdet werde.»

Die Juden und Jüdinnen in der Schweiz, die begründet um ihre Lage fürchteten, werden hier als legitimierender Hintergrund für eine *Ausgrenzung* angeblich minderwertiger jüdischer Flüchtlinge («Pack») herangezogen. Die Aufspaltung in gute, d.h. hier disziplinierte Jüdinnen und Juden, die der Hilfe und des Einsatzes als wert erachtet wurden, und schlechte Jüdinnen/Juden andererseits, die man an der Einreise hätte hindern sollen, wird in einem Brief vom 29. März 1939 ausgeführt, den Clara Nef an das Vorstandsmitglied *Maria Fierz,* die Vertreterin der 1934 gegründeten

Arbeitsgemeinschaft «Frau und Demokratie», richtete. Diesem Vorstandsmitglied des BSF heftete sie verschiedentlich das Etikett «realitätsfremd» an: Maria Fierz hatte sich 1938 für eine öffentliche kritische Stellungnahme des BSF zur behördlich verordneten und bundesrätlich abgesegneten Grenzsperre eingesetzt.

Einsatz von weiblichen Flüchtlingen im Hausdienst

Während sie gegen die Aufnahme von Flüchtlingen als Gäste in Privatfamilien anschrieb und auf *Konfliktpotential* infolge verschiedener Lebensgewohnheiten und rassebedingter Andersartigkeit verwies, konnte sich Clara Nef den Aufenthalt von weiblichen (jüdischen) Flüchtlingen als *Dienstbotinnen* in Privathaushalten schon früh vorstellen.

Die räumliche Nähe der Dienstbotin zur sog. Herrschaft wurde durch den *niedrigen sozialen Status* neutralisiert. Die Lebensgewohnheiten der Dienstbotin waren in der Regel kein relevantes Kriterium für die Alltagsgestaltung in denjenigen Haushalten, in denen sie angestellt war. Vermutlich waren Überlegungen dieser Art ausschlaggebend beim Einsatz des BSF für die Anstellung von weiblichen Flüchtlingen in schweizerischen Haushalten.

Am 1. Juli 1939 richtete der BSF eine Eingabe an das Eidg. Polizei- und Justizdepartement (abgedruckt im Jahresbericht 1938/39 des BSF), in der für den Einsatz von Emigrantinnen im Hausdienst plädiert wurde:

«... Seitdem die Not der Zeit die Flüchtlinge über unsere Grenzen getrieben hat, ist von unsern Landesbehörden immer wieder versichert worden, man beobachte den Emigranten gegenüber darum so grosse Zurückhaltung, weil sie unter keinen Umständen den Schweizern Arbeit wegnehmen dürften. Wir konnten diesen Standpunkt der Behörden verstehen. Um so mehr befremdet es uns nun, dass auch im Hausdienst, wo sich erwiesenermassen ein empfindlicher Mangel an Arbeitskräften fühlbar macht, den Emigrantinnen die Arbeit verwehrt wird. Wir wissen ja, dass in Industriebetrieben, wo einzelne Arbeitskräfte im Inland nicht zu beschaffen sind, immer wieder Einreisebewilligungen an Ausländer erteilt werden. Die gleichen Erwägungen scheinen uns für die Hausfrauen massgebend; denn der Dienstbotenmangel mutet mancher von ihnen eine Arbeitslast zu, die über ihre Kräfte geht. Darunter hat ... auch ihre Familie zu leiden... Wir ersuchen Sie daher dringend, zu beschliessen, dass die Emigrantinnen, die über die nötige Eignung verfügen, im Hausdienst beschäftigt werden dürfen, solange die Dienstbotennot in unserem Lande nicht behoben ist... Die Verfügung, dass die Schweiz nur Durchgangsland für die Emigranten sein kann, würde ja in keiner Beziehung abgeschwächt.»

Gegen den Vorschlag zur Rekrutierung von Dienstbotinnen stiess Clara Nef auf *Widerstand* auch *innerhalb der bürgerlichen Frauenbewegung*. Dieser Widerstand gegen die Beschäftigung weiblicher Flüchtlinge in Privathaushalten wurde damit begründet, dass sie in ihrer vollkommen abhängigen Situation von den Schweizer Hausfrauen schlecht behandelt und ausgenützt würden.

In der Eingabe von 1939 wird die existentielle Not von Flüchtlingen der *«Dienstbotennot»*, d.h. dem Dienstbotenmangel der bürgerlichen Hausfrauen und ihrer Familien, gegenübergestellt. Die Verwendung weiblicher Flüchtlinge als Dienstbotinnen wird als Gewinn für die Schweiz, in der seit Jahrzehnten ein viel beklagter Mangel an einheimischen Dienstmädchen herrschte, angepriesen.

Der ausgewiesene Arbeitskräftemangel für den Hausdienst qualifizierte im Sinn der Antragstellerinnen die Forderung nach Zulassung von ausländischen Dienstbotinnen als opportun und *vereinbar mit «treuvaterländischer» Gesinnung*. Für die in Aussicht gestellte Behebung des chronischen Dienstbotinnenmangels wird geworben mit dem Argument, die Entlastung der schweizerischen (bürgerlichen) Hausfrauen käme indirekt den (bürgerlichen) Schweizerfamilien zugute.

Verzicht auf Kritik an Bundesbehörden

Als ab 1942 Berichte über den planmässigen, *staatlich organisierten Massenmord* an Jüdinnen und Juden in die schweizerische Presse gedrungen waren, änderte der BSF zum Teil seine offizielle Haltung in der Flüchtlingsfrage. Geblieben sind der Verzicht auf Kritik an der Politik der Bundesbehörden, die gegen die «Verjudung» der Schweiz gerichtet war und sich mit der Einführung des Judenstempels offen zu erkennen gegeben hatte. Auch die Nichtanerkennung jüdischer Flüchtlinge als politische Flüchtlinge durch die schweizerischen Behörden wurde vom BSF nie offiziell kritisiert.

Dagegen intervenierte der BSF im Sommer 1942, dem *Jahr der restriktivsten Aufnahmepolitik* der Schweiz, mit «einer dringenden Bitte an die Fremdenpolizei, soweit als möglich Milde walten zu lassen» und die Grenzen für Flüchtlinge zu öffnen. Der milde Ton, die Art der Intervention und der Verzicht auf öffentliche Kritik zeigen das Bemühen, es zu *keinem Bruch mit den politisch Verantwortlichen* kommen zu lassen. Als Gegenleistung für eine Lockerung der Asylpraxis verlangten die Behörden von den Bittstellerinnen vermehrte Anstrengungen zugunsten der Flüchtlinge...

Bis 1942 war die Flüchtlingshilfe für Zivilflüchtlinge *ohne Inanspruchnahme öffentlicher Mittel* finanziert worden: Die jüdischen Organisationen in der Schweiz hatten den grössten Anteil davon übernommen; sie wurden unterstützt von ausländischen jüdischen Organisationen sowie privaten schweizerischen Hilfswerken. In einigen dieser Hilfswerke waren an exponierter und verantwortlicher Stelle Frauen tätig: *Gertrud Kurz-Hohl* im Christlichen Friedensdienst und *Regina Kägi-Fuchsmann* im Schweizerischen Arbeiterhilfswerk sind Beispiele. Frauenorganisationen wie der BSF unter dem Präsidium von Clara Nef engagierten sich in der Tradition politisch abstinenter, gemeinnütziger Frauenarbeit mit finanziellen Beiträgen in der Flüchtlingshilfe.

Von Frauen geleitete Organisationen übernahmen einen wichtigen Teil der Aufgabe, das *christliche und soziale Gewissen der Schweiz* zu repräsentieren. Wenn sich diese Frauen als Vertreterinnen von Hilfswerken oder Frauenverbänden an die Behörden wandten, um für eine humanere Flüchtlingspolitik zu intervenieren, so taten sie das vielfach auf schonende Weise – bemüht um freundliche Umgangsformen, im halbprivaten Raum und Tonfall – mit der Geste der eindringlich Bittenden. Inwieweit taktische Überlegungen dahinter standen, ist nicht einfach zu beantworten.

An der 42. Jahresversammlung des BSF vom September 1943 ist *Gertrud Kurz-Hohl,* die Leiterin des Flüchtlingshilfswerkes der Kreuzritter – später «Christlicher Friedensdienst» –, als Gastreferentin geladen. In ihrem Referat «Wo stehen wir heute in der Flüchtlingshilfe?» spricht sie sich *für offene Grenzen* gegenüber den Flüchtlingen aus. Sie wirbt *für Freiplätze* vor allem für Flüchtlinge, die nicht in Arbeitslagern untergebracht werden sollten: für Mütter mit Kindern unter sechs Jahren, für Kinder, Alte und Kränkliche. Im weiteren ruft sie zur Übernahme von Patronaten auf, mit denen die finanzielle Garantie für einzelne Flüchtlinge gewährleistet werden sollte. «In ihrem Schlusswort dankt Frau Kurz-Hohl für alle Anregungen und hebt ... dankbar das Verständnis und die Mithilfe unserer Behörden für die Flüchtlingshilfe hervor», wie es im Protokoll dieser Jahresversammlung heisst.

Mit der *propagandistischen Beteiligung des BSF* an der Freiplatzaktion, die von der Schweizerischen Zentralstelle für Flüchtlingshilfe in Zusammenarbeit mit anderen Hilfswerken 1942 aufgebaut worden war, wurde die oben erwähnte, rassistisch motivierte Abwehrhaltung gegenüber der Aufnahme jüdischer Flüchtlinge in Privathaushalte aufgegeben. Im Sinn einer Vorbild-Aktion übernahmen 1943 die Vorstandsmitglieder des BSF die finanzielle Garantie für eine kranke Emigrantin, die in einem Heim untergebracht war.

Eine schwierige Vizepräsidentin oder Der «nie versagende Helferwille» der Elsa Mettler-Specker

Mit Elsa Mettler-Specker stand Clara Nef eine schwierige Vizepräsidentin zur Seite. Elsa Mettler-Specker vertrat im BSF die Frauenzentrale St. Gallen, die sie von 1921 bis 1938/9 präsidierte. In dieser Frauenzentrale plädierte sie wiederholt für *Enthaltsamkeit gegenüber politischen Themen.* So drohte sie noch 1936 mit Rücktritt vom Präsidium, falls sich ein Vorschlag zu vermehrter «Auseinandersetzung mit geistigen und politischen Fragen» im Vorstand der Frauenzentrale durchsetzen würde. Sie wollte die Beschränkung auf praktisch-soziale Fragen gewahrt wissen. Entsprechend dieser Haltung hat Elsa Mettler-Specker im Rahmen der Frauenzentrale vor allem zwei Projekte initiiert und z.T. mit privaten Mitteln selbst finanziert: ein «Zufluchtshaus für weibliche Haftentlassene und Schutzbefohlene» (1924 eröffnet) sowie Hauswirtschaftskurse auf dem Hirschberg (ab 1928), die der Berufswahlvorbereitung und Eignungsabklärung schulentlassener Mädchen dienen sollten.

In der Jubiläumsschrift zum 50jährigen Bestehen der Frauenzentrale St. Gallen (1964) figuriert E. Mettler-Specker als Ehrenpräsidentin. «Sie hat die Frauenzentrale durch ihre starke Persönlichkeit und ihren nie versagenden Helferwillen geprägt», heisst es hier. Als Clara Nef im Sommer 1938 die Idee des *Spendenaufrufs* zugunsten von Flüchtlingen im Vorstand des BSF diskutieren lässt, erhebt Vizepräsidentin Elsa Mettler-Specker Einspruch: «Was Ihre Vorschläge für eine Geldsammlung anbelangt, so ist zu sagen, dass die Schweizer Juden über so viel Geld verfügen, dass sie leicht ihren leidenden Glaubensbrüdern helfen könnten... So hart es scheint, wehre ich mich dagegen, dass wir den Juden ihre Verpflichtungen abnehmen» (Brief vom 6. September 1938). Sie plädiert gegenüber Clara Nef dafür, *von jeder Hilfe abzusehen,* da auch freiwillige Spenden volkswirtschaftliche Nachteile für die Schweiz hätten. Der «nie versagende Helferwillen» von Elsa Mettler-Specker, der dem Ehrenmitglied der Frauenzentrale St. Gallen noch 1964 schwarz auf weiss attestiert wurde, zeigt hier deutlich seine Grenzen.

Spätestens nach dem Einmarsch der deutschen Truppen in Österreich im März 1938 bricht Elsa Mettler-Specker mit ihrer Abstinenz in politischen Fragen. Sie verteidigt im Vorstand des BSF expansive Gebietsansprüche Deutschlands, zeigt sich begeistert über den sog. Anschluss Österreichs und preist die Vorzüge und Qualitäten nationalsozialistischer Frauenorganisationen in Deutschland; den Nationalsozialismus hält sie für das geeignete Gegenmittel zu bolschewistischen, kommunistischen und sozialistischen Tendenzen auch in der Schweiz. Sie lässt *antisemitisches Schriftgut* zirkulieren, das ihr Clara Nef mit der Bemerkung zurücksendet: «Und ich kann halt einfach nicht mit im Kampf gegen die Juden.»

In der Ostschweiz ist vor allem der Ehemann von Elsa Mettler-Specker, der Textilindustrielle und ehemals freisinnige Kantonsrat *Arnold Mettler-Specker,* durch seine *Sympathien für den Nationalsozialismus* bekannt geworden. «Hitler-Specker», wie er nach Niklaus Meienberg im Volksmund genannt wurde, gehörte dem Verwaltungsrat der nationalsozialistischen «Neuen Basler Zeitung» an und unterstützte die ESAP (Eidgenössische Soziale Arbeiterpartei) sowie deren Parteiorgan «Schweizervolk» finanziell. Die Harmonie der Ehegatten in politischen Fragen skizzierte Clara Nef sehr deutlich:

«Herr Mettler ist ein Bewunderer des Nationalsozialismus... Dazu kommt, dass er leidenschaftlicher Judengegner ist und ein leidenschaftlicher Gegner aller bolschewistischen und kommunistischen Tendenzen... Frau Mettler steht auf der ganzen Linie restlos zu ihrem Mann» (Brief vom 23. November 1938).

Interessant ist, wie Clara Nef für die Demission von Elsa Mettler-Specker aus dem Vorstand des BSF argumentiert: «Frau Mettler hat mir gesagt, dass ihr Mann die Zeitung ‹Schweizervolk› und ‹Schweizer-

degen› am Anfang mit kleinen finanziellen Beiträgen unterstützt habe... Auch erzählte mir Frau Mettler den ganzen Fall Niggli, wonach dieser Herrn Mettler zum vorneherein gesagt hat, er finde keine Stelle, weil er bei der ESAP sei. Herr Mettler hat ihn dann ... nicht nur engagiert, sondern seine politische Tätigkeit dadurch gewissermassen unterstützt, dass er ihm half, hierfür ein Bureau einzurichten und sich damit indirekt mitbeteiligte an seiner Propagandatätigkeit für die ESAP und für die Zeitung Schweizervolk... Unser Bund (BSF) muss absolut neutral sein, von Extremen nach allen Richtungen sich gleichermassen frei halten. Darum müssen wir die Demission von Frau Mettler ... annehmen, so leid es uns auch tut aus persönlichen Gründen» (Brief vom 30. November 1938).

Elsa Mettler-Specker, die mit dem Nationalsozialismus «liebäugelte», wie es Clara Nef an anderer Stelle beschönigend umschreibt, wird zu einer *Gefahr für die innere Einheit* und Geschlossenheit im BSF. Es hilft nichts, dass Elsa Mettler-Specker immer und immer wieder beteuert, in erster Linie für das Wohl des Vaterlandes gelebt zu haben – ihre Mitarbeit im Vorstand des BSF birgt zu grosse Konfliktpotentiale unter den angeschlossenen Vereinen in sich. Die Rechtfertigungen von Elsa Mettler-Specker richten sich allein gegen den Vorwurf, nicht auf dem Boden der schweizerischen Verfassung zu stehen, an einem Mangel an patriotischer Gesinnung zu leiden. Gegen andere Vorwürfe und Vermutungen hatte sie sich offenbar nicht zu verteidigen. So war zum Beispiel die Frage nach ihrer Haltung gegenüber den dem BSF angeschlossenen jüdischen Frauenorganisationen nie Thema der Auseinandersetzung.

Den *Schaden,* der *für den Verband* aus der Mitarbeit von Elsa Mettler-Specker hätte erwachsen können, galt es zu begrenzen. Der *Schaden,* den nationalsozialistische und antisemitische Propaganda *für die Opfer* des Nationalsozialismus, von denen einige in der Schweiz Zuflucht suchten, anrichtete, wird in der Korrespondenz der Vorstandsmitglieder des BSF nicht thematisiert. Auch die Bedeutung antisemitischer Propaganda durch Exponentinnen des BSF für die schweizerischen Jüdinnen und Juden, deren Anteil an der Gesamtbevölkerung in den dreissiger und vierziger Jahren weniger als ein halbes Prozent betrug und die als kleine Gruppe auf stützende Allianzen und die öffentliche Meinung in ihrem Einsatz für die jüdischen Flüchtlinge angewiesen waren, wurde nicht diskutiert.

Mehrere Frauenorganisationen, die dem BSF angeschlossen waren, betrachteten es 1938 immerhin als notwendig, Elsa Mettler-Specker drei *eindeutige Fragen* zur Beantwortung vorzulegen: «Sind Sie der Meinung, dass für die Schweiz die Demokratie mit den Grundprinzipien, wie sie in unserer Bundesverfassung niedergelegt und im Frauenprogramm ‹Frau und Demokratie› ... interpretiert sind, die richtige Staatsform ist?» – «Sind Sie der Meinung, dass für die Schweiz die Diktatur mit der nationalsozialistischen oder faschistischen Weltanschauung und mit dem Führerprinzip die richtige Staatsform ist?» – «Sind Sie damit einverstanden, dass man als Schweizer die politische und geistige Beeinflussung von Seiten der totalitären Staaten ablehnen muss?» Clara Nef sträubte sich gegen diese ihrer Ansicht nach unzumutbare und demütigende Befragung durch das Vorstandsbüro. Auf schriftlichen Antrag mehrerer Vereine hin wurde Frau Mettler-Specker schliesslich doch geprüft, für gut befunden, auf die Wahlliste für die 37. Jahresversammlung 1938 gesetzt und – wenn auch mit schlechterem Ergebnis als die anderen Vorstandsmitglieder – mit 117 Stimmen wiedergewählt.

Dem späteren freiwillig-unfreiwilligen Rücktritt von Elsa Mettler-Specker aus dem Vorstand des BSF hat das «Schweizer Frauenblatt» eine knappe, lapidare Notiz gewidmet; der entsprechende Jahresbericht schweigt sich über den Rücktritt aus.

■